Einladung
ation in Walddorf
r aus Essen vom 9.—16. Jan.
meindesaal, abends 1/8 Uhr
116
Kirchengemeinderat.

lettler
nes Schwarz
straße / Hintere Gasse
chwarze
den-Stoffe
Mohair, Garbadine und Samt
54.— 63.— und höher
— 112.—
elswerte Stoffe. 110

Volksbildungskurse
105 Nagold.
Vorbesprechung über die neuen Kurse Samstag abends 8 Uhr im „Bären"
Wagner.

Kaffee
Pfd. ℳ 28.- bis ℳ 35.-
Tee, Kakao
(24 %) ℳ 24.— p. Pfd.
Cond. Milch
Ausl. Zucker
Pfd. ℳ 12.—
Speise-Oel
(Raps- u. Sesam)
empfiehlt
in nur bester Qualität
Löwen-Drogerie Gebr. Benz
Nagold Tel. 122.

Sommerliches, möbliertes
Zimmer
an anständigen Herrn 127
sofort zu vermieten.
Heinr. Sautter

Hoffmann's Perl-Bay
vernichtet verblüffend
Hühnerauge
5-fach stark, geruchlos.
in Apotheken und Drogerien.

Gottesdienst-Ordnung.

Ev. Gottesdienst.

1. Sonntag n. Erich. Fest, 9. Jan. 1/2 10 U. Predigt (Otto) 3/4 11 U. Kindersonntagsschule. 1/2 2 U. Christenlehre (Töchter) 1/2 8 U. Erbauungsstde. i. V. Mittwoch, 12. Jan 8 U. Bibelstde. i. V. (1. Gebo., Schairer.)

Ev. Gottesdienste der Methodistengemeinde.

Sonntag vorm. 1/2 10 U. Predigt (J. Eisser.) 11 U. Sonntagsschule, abds. 1/2 8 U. Predigt nachm. 2 U. Jugendbund. Montag abds. 8 1/4 U. Gesangverein, Mittwoch abds. 8 U. Gebetstunde.

Kathol. Gottesdienst

Sonntag, 9. Jan. 1/2 10 U. Gottesdienst. 2 Uhr Andacht. Montag, 10. Jan. 1/2 10 Uhr Altensteig. Freitag, 14. Jan. 8 Uhr Rohrdorf.

Erscheint an jedem Werktag. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Postboten entgegen.

Preis vierteljährlich hier mit Trägerlohn M. 12.—, auswärts 12.45 einschl. der Postgebühren. Monatl. nach Verhältnis.

Anzeigen-Gebühr für die einspaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung 50 Pfg., bei mehrmaliger, Rabatt nach Tarif. Bei gerichtl. Beitreibung u. Konkursen ist der Rabatt hinfällig.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gegründet 1826 — Fernsprecher 29

Druck und Verlag der G. W. Zaiser (Karl Zaiser) Nagold. Verantwortlich für die Schriftleitung: H. M. Schmidt, Nagold.

Verbreitetste Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Für telef. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen. Es wird keine Gewähr dafür übernommen, daß Anzeigen oder Nachrichten in bestimmten Ausgaben oder an der gewünschten Stelle erscheinen. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold.

Postscheckkonto: Stuttgart 5113.

Nr. 6 — Montag den 10. Januar 1921 — 95. Jahrgang

Die Eisenbahnerfrage.

Die von der Reichsregierung im Dezember erlassene Streikverfügung hat unter den Eisenbahnern lebhaften Widerspruch gefunden. Trotzdem hat sich der Sechzehnerausschuß der Eisenbahnerorganisationen bereit erklärt, im Reichsverkehrsministerium über die künftige Lohngestaltung zu beraten. Die zwischen Weihnachten und Neujahr begonnenen Verhandlungen sind nach Neujahr fortgesetzt worden und dürften bis zum Zusammentritt des Reichstages, also bis zum 19. Januar, beendet sein. Der Sechzehnerausschuß hat sich mit einem Aufruf an die Eisenbahner gewandt und ersucht, die Verhandlungen nicht zu stören und Aktionen zu unterlassen. Die Reichsregierung sei bereit, innerhalb der Grenzen des Möglichen alles zu tun, um die Notlage der Beamten und der Arbeiter zu heben. Eine entsprechende Gesetzesvorlage werde dem Reichstag schleunigst und zu bevorzugter Erledigung vorgelegt werden.

Die Frage, ob ein Beamtenstreik zulässig sei oder nicht, hat in den Versammlungen der örtlichen Eisenbahnerverbände eine große Rolle gespielt. Um die Mitte 1919, als die Frage eines politischen Umsturzes aktuell war, neigte man dazu, das Streikrecht der Beamten, insbesondere der Eisenbahner, zu bejahen. Der Grund hiefür war, daß damit ein Streikmittel gegen eine neue Umsturzregierung geschaffen werden sollte, wie ja auch später der Generalstreik, — also auch der Eisenbahnerstreik —, Mitte März 1920 gegen die Kapp-Regierung zur Anwendung gelangte. Aus Eisenbahnerkreisen hört man häufig, das Streikrecht sei untrennbar mit dem Koalitionsrecht verbunden; auch handele es sich gar nicht darum, nachzuprüfen, ob ein Streik gerechtfertigt sei oder nicht. Die Eisenbahner stellen an die Reichsregierung die Frage, ob sie ihren Beamten und Arbeitern einen auskömmlichen Lebensunterhalt gewährleisten will. An verschiedenen Stellen des Reiches ist die Streiklust sehr lebhaft, besonders an der unteren Elbe. Es steht zu befürchten, daß die Eisenbahner mancher Gegenden über den Kopf ihrer Organisationen hinweg in den Streik eintreten. In der Organisation selbst ist man bereits, nur im äußersten Falle — nämlich nach Erschöpfung sämtlicher Verhandlungsmöglichkeiten —, den Streik zu erklären. Der Reichsverkehrsminister hat mit den Präsidenten der Landeseisenbahnämter kürzlich in Dresden verhandelt und dabei den Streikerlaß vom Dezember ausdrücklich aufrecht erhalten.

Während der Waffenstillstandsverhandlungen im Dezember 1918 fiel das Wort: „Während des Verhandelns kommt die Vernunft, während des Diktates der Haß!" Das gleiche gilt für die schwebenden Eisenbahnerverhandlungen. In Verhandlungen können die Vertreter der Eisenbahner sich ein Urteil darüber bilden, was die deutschen Reichsfinanzen zulassen, und was von Seiten der Eisenbahner geschehen muß, um für etwaige Mehraufwendungen des Reichs einen Gegenwert zu schaffen. Wird nämlich durch die Lösung der Eisenbahnerfrage die deutsche Eisenbahnreform zu Fall gebracht, so wird damit der wirtschaftliche Boden unterhöhlt, auf dem fast eine Million deutscher Eisenbahner mit ihren Angehörigen stehen. — Die von den Eisenbahnern und den anderen Beamtenkategorien gestellten Forderungen würden eine Mehrbelastung des Reiches um etwa 6 Milliarden bedeuten. Was das Reich allenfalls gewähren kann, würde bereits eine jährliche Mehrausgabe von 2 Milliarden erfordern. Wenn der Staatssekretär Stieler vom Reichsverkehrsministerium erklärt, daß bei den Eisenbahnen ein Ueberfluß an Beamten nicht bestehe, so trifft das bei der gegenwärtigen Arbeitsintensität und Arbeitsorganisation gewiß zu. Wenn auch der größte Teil des 15 Milliarden betragenden jährlichen Fehlbetrages durch eine Erhöhung der Tarife gedeckt werden muß, eine der Praxis im Bergbau ähnlich organisierte Mehrarbeit ist auch für die Arbeitnehmer im Reichsverkehrswesen möglich. Dann wird das Reich auch vor dem unsere Finanzgebahrung argwöhnisch belauernden Ausland moralisch berechtigt sein, das Einkommen der Eisenbahner so zu heben, daß die bittere Not, die vielfach in diesen Kreisen herrscht, abnimmt.

Tages-Neuigkeiten.

Stillegung des Thyssen-Werkes.

Berlin, 8. Jan. Der „Berliner Lokalanzeiger" meldet aus Duisburg: Da infolge des Terrors der Streikenden gestern von den vorgestern erschienenen 2000 Arbeitswilligen nur ganz wenige sich zur Arbeit meldeten, hat die Verwaltung der August Thyssen-Hütte das ganze Werk stillgelegt. Notstandsarbeiten wurden nicht mehr ausgeführt.

Ein Zwischenfall in Diedenhofen.

Immer wieder ereignen sich Zusammenstöße zwischen Einheimischen und Franzosen. Die elsaß-lothringische Presse berichtet von einem Vorfall auf dem Bahnhof Diedenhofen. Der „Messin" und andere in französischer Sprache erscheinende Blätter melden: Ein französischer Fliegeroffizier sei von einem Beamten der Bahnsperre mit der Zange auf den Kopf geschlagen worden, nachdem er auf eine in deutscher Sprache gehaltene Bemerkung des Beamten geantwortet habe: „Ich verstehe kein Boche, sprechen Sie französisch zu mir." Die Heimatpresse stellt die Sache aber anders dar; der Offizier habe seine Legitimation nicht vorweisen wollen, den Beamten Boche tituliert und zuerst geschlagen, worauf der Geschlagene in der Erregung sich zur Wehr gesetzt habe. Die Straßburger „Republique" bemerkt zu dem Zwischenfall; „Für uns genügt in diesem Thionviller Falle die Feststellung, die auch von der Chauvinistenpresse zugegeben wird, daß der Offizier vor irgendwelchen Tätlichkeiten den Ausdruck brauchte: „Ich verstehe kein Boche". Wer auf den Gebrauch des Wortes „Boche" bei uns immer noch nicht verzichten kann, der soll sich, nach unserer Ansicht, in seinem und im nationalen Interesse am liebsten wieder dahin zurückmelden, wo er hergekommen ist. Wenn er das nicht will, so muß er halt solche kleine Zwischenfälle mit in Kauf nehmen. Wir lassen uns im eigenen Lande nicht beschimpfen."

Weihnachten in Wien.

In der „Neuen Züricher Zeitg." zeichnet Paul Stefan das folgende düstere Stimmungsbild aus Wien: „Brei von getautem Schnee, von keinem Kehrer weggefegt, versumpft die Straßen Wiens. Krankheiten brechen unter der Bevölkerung aus, deren zerrissenes, durchnäßtes Schuhwerk dem Schlamm nicht standhält. Meterweit spritzen die sausenden Autos den Schmutz über die Kleider der Fußgänger. Aber wer wird für 7 Centimes die Stunde Straßen säubern? So viel kann die Gemeinde Wien zahlen. Das macht nämlich im Tag 2 Millionen österreichische Kronen. Noch einmal erbitte ich etwas Raum, um beschwörend auszurufen, daß die zwölfte Stunde schon eingeläutet ist für diese Stadt, aber auch für das Land im ganzen, in dem nur noch Bauern, Schieber u. parasitische Ausländer gedeihen. Die städtische Bevölkerung verhungert buchstäblich, sie kann zu neun Zehnteln nicht einmal mehr die rationierten Hungerquanten der Kriegszeit kaufen, trotz allen blindwütig ertrotzten Lohnerhöhungen. Wirte, Händler, Hyänen aller Art, und nicht zum mindesten der Staat mit seinen fortwährenden Tariferhöhungen und fiskalischen Vegationen übertrumpfen jede mögliche Besserung. Die spekulativ noch unterwertete Krone ist kein Zahlungsmittel mehr. Schon hält man in Wirklichkeit bei der Tausendkronenwährung. Das heißt: schon die Tausendkronenscheine gelten nichts mehr. Was tut der einzelne? Frauen und Kinder der halben Bevölkerung spielen an der Börse, Gymnasiasten und Handelsschüler schieben oder betreiben den Schleichhandel. Was tut der Staat? Seine Regierung, die nicht Nahrung schaffen kann, genießt kein Ansehen mehr u. wird jeden Augenblick durch Streiks genarrt, mit denen vor allem die Staatsbediensteten auf die sinnlose Teuerung antworten. Man verpfändet Gobelins, um vielleicht das Getreide einiger Wochen einzutauschen. Man bringt ein Budget ein, in dem 10 Prozent der Ausgaben gedeckt sind. Man wird eine Vermögensabgabe einheben, die noch vor einem halben Jahr als letztes äußerstes Opfer gedacht war, jetzt aber kaum den Bedarf einiger Wochen retten wird. Die Presse der Entente vergießt Ströme von Tinte und Zähren des Mitleids. Hoch klingt ihr Lied vom Sparen und von der Arbeit. Aber sparen könnte hier nur, wer Existenzen vernichten würde; arbeiten nur, wer Mittel und Stoffe für seine Arbeit bezahlen könnte. Ein sehr großer Kredit wäre der einzige Ausweg. Niemand wird ihn gewähren. Inzwischen bezahlen hier die ungezählten Bureaus der Ententekommissionen ihren Schreibmaschinenfräulein, auf österreichische Kosten, 20 000 Kronen im Monat; werden Kriegsmotoren vernichtet, statt verwertet. Das ist Weihnachten in Wien 1920. Ein Auferstehungsfest wird es nach diesem Winter kaum mehr geben."

Die Gefahr des Zusammenbruchs in Oesterreich.

Wien, 8. Jan. Der Bundeskanzler Dr. Mayr hat in den letzten Tagen bei den Vertretern der Großmächte vorgesprochen, um ihnen, die sich immer kritischer gestaltende finanzielle Lage Oesterreichs auseinanderzusetzen. Er führte folgendes aus. Schon in der allernächsten Zeit stünden neue Gehaltsforderungen der Staatsangestellten bevor, die in der stets steigenden Teuerung begründet seien, und deren Befriedigung eine neuerliche Entwertung des österreichischen Geldes herbeizuführen drohe. Die Staatsausgaben hätten sich in der letzten Zeit derart gesteigert, daß mit einem Zusammenbruch der Staatswirtschaft in allerkürzester Zeit gerechnet werden müsse, wenn nicht durch Auslandskredite einer weiteren Entwertung der österreichischen Krone rechtzeitig Einhalt geboten werde. Nur durch eine auf diesem Wege erfolgende Stützung der Währung könne sich Oesterreichs Produktion beleben und könnten die noch vorhandenen Wirtschaftsglieder vor vollständiger Zerrüttung bewahrt bleiben. Die Vertreter der Großmächte zeigen für diese Darlegung der Notwendigkeit einer raschen Hilfe besonders Verständnis und versprachen, ihre Regierungen unverzüglich zu informieren.

Ein französischer Regierungsvertreter will die Finanzlage Oesterreichs studieren.

Paris, 8. Jan. Nach einer Meldung des „Temps" reist als Vertreter der französischen Regierung Jean Tannery nach Wien, um die finanzielle Lage Deutsch-Oesterreichs zu studieren.

Erhebungen gegen die Räteregierung.

Paris, 8. Jan. Wie Havas aus Konstantinopel erfährt, werden aus dem Kaukasus, aus Turkestan und der Ukraine allenthalben Erhebungen gegen die Räteregierung gemeldet.

Munitionsexplosion.

Berlin, 8. Jan. Gestern Nachmittag entstand auf dem Schießplatz Tegel beim Abholen von Artilleriemunition auf einem Wagen der Reichstreuhandgesellschaft eine heftige Explosion, wobei fünf Personen zum Teil schwere Verletzungen und Brandwunden davontrugen. Die Ursache der Explosion kann erst durch eine eingehende Untersuchung festgestellt werden.

Lloyd George und Curzon, die englischen Vertreter auf der alliierten Premierministerkonferenz.

London, 8. Jan. Reuter. Lloyd George und Lord Curzon werden England auf der Konferenz der alliierten Premierminister am 19. Januar in Paris vertreten.

Beginn der litauisch-ukrainischen Friedensverhandlungen.

Kowno, 8. Jan. Die litauisch-ukrainischen Friedensverhandlungen haben am 3. Januar in Moskau begonnen.

Wiederaufnahme der Brüsseler Konferenz.

Berlin, 8. Jan. Nach den letzten Mitteilungen findet die Wiederaufnahme der Brüsseler Konferenz am 15 Jan. statt.

Herabsetzung der Löhne in der schwedischen Sägemühlenindustrie.

Stockholm, 8. Jan. Die Arbeitgeber der Sägemühlenindustrie haben beschlossen, die Arbeitslöhne um 20 Proz. herabzusetzen. Welche Stellung die Arbeiter hierzu einnehmen, ist bisher nicht bekannt.

Brandausbruch in einem spanischen Bergwerk.

Paris, 8. Jan. Nach einer Radiomeldung aus Madrid ist im Carolna-Bezirk in einem Bergwerk ein Brand ausgebrochen. Man fürchtet, daß 22 Arbeiter ums Leben gekommen sind.

Untersuchungen über die Arbeitslosigkeit in England.

London, 8. Jan. Die Londoner Mitglieder des parlamentarischen Ausschusses des Gewerkschaftskongresses und der Vollzugsausschuß der englischen Arbeiterpartei haben, den englischen Blättern zufolge, gestern beschlossen, sich an der von der Regierung veranlaßten Untersuchung über die Arbeitslosigkeit zu beteiligen.

Die Waffenablieferung in Irland.

Nach einer Meldung der „Daily News" hat der Oberbefehlshaber in Irland General Neill Macready eine Proklamation erlassen, nach der die Frist für die Ablieferung der Waffen, die am 27. Dezember abgelaufen war, auf den 11. Januar festgesetzt wurde. Nach diesem Zeitpunkt wird jede Person, bei der Waffen gefunden werden, oder die unberechtigter Weise eine militärische Uniform trägt, vom Kriegsgericht abgeurteilt und mit dem Tode bestraft.

Amerikanische Heeresverminderung.

Washington, 9. Jan. Der Heeresausschuß des Senats hat einem Antrag des Senators New zugestimmt, in dem verlangt wird, daß die Rekrutierungstätigkeit für solange eingestellt werde, bis das Heer auf 175 000 Mann herabgesetzt ist. Der Vorsitzende des Ausschusses teilte mit, daß Harding diesem Antrag zustimme und für eine Verminderung des Heeres auf 150 000 Mann sei.

Furchtbare japanische Strafexpedition.

Tokio, 9. Jan. Amerikanische und englische Missionare erzählen furchtbare Einzelheiten über die Strafexpedition japanischer Truppen gegen koreanische und chinesische Banden, die das japanische Konsulat in Hunchu angriffen. In einer Reihe von Ortschaften wurden Kirchen, Schulen und Häuser niedergebrannt. Ueber 300 Personen wurden niedergemetzelt. 5 Personen wurden lebend verbrannt.

Ein englisches Phantasiegebilde.

München, 9. Jan. Der Berliner Vertreter des Manchester Guardian, dessen Sympathie für die extremen linken Elemente in Deutschland bekannt ist, setzt seine Agitation gegen die Einwohnerwehr in Bayern in einer sehr langen Depesche fort, in der er diese Wehren eine innere Gefahr für Deutschland und eine gewaltige Provokation für Frankreich nennt. Für den Fall, daß Bayern hartnäckig bleibt, empfiehlt er die Besetzung Münchens durch Franzosen.

Die Entwaffnung Deutschlands — der Hauptgegenstand der Pariser Zusammenkunft.

Paris, 9. Jan. Das „Petit Journal" will wissen, daß der Hauptgegenstand der Pariser Zusammenkunft die Entwaffnung Deutschlands sein werde, während die Reparationsfrage grundsätzlich der Brüsseler Konferenz vorbehalten bleiben soll.

Deutscher Dank an Spanien.

Berlin, 8. Jan. Der Reichspräsident hat durch Vermittelung der deutschen Botschaft in Madrid dem König von Spanien ein Schreiben überreichen lassen, um ihm tiefgefühlten Dank auszusprechen für die Bereitwilligkeit, mit der Spanien seinerzeit die Schutztätigkeit bis weit über die Wiederherstellung des Friedenszustandes ausgedehnt hat und für die unermüdliche und segensreiche Arbeit, die im deutschen Interesse von den spanischen Behörden geleistet worden ist.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Die Aufteilung der Rheinflotte.

Paris, 9. Jan. Die Pariser Ausgabe des „New York Herald" meldet: Nach dem Versailler Vertrag ist durch den amerikanischen Schiedsrichter Walker Hines die 2 Millionen Tonnen umfassende deutsche Rheinflotte zwischen Frankreich und Deutschland aufgeteilt worden. Wie diese Aufteilung vorgenommen ist, wird erst morgen mitgeteilt werden. Jedenfalls scheint, daß Frankreich einen großen Anteil erhalten wird. Denn das Blatt begründet den französischen Anspruch damit, daß die Rheinflotte für die elsässische Industrie ein wichtiges Werkzeug bedeute. Die Verfügungen des amerikanischen Schiedsrichters werden voraussichtlich endgültig sein. Sie bedeuten die Auflösung, wenigstens im politischen Sinne, der größten Flußflotte der Welt; denn der Rhein ist einer der am meisten entwickelten Ströme der Welt und seine Schiffahrt so modern und zahlenmäßig so stark, daß er auch den Vergleich mit der Schiffahrt auf dem Mississippi aushält. Der Amerikaner Hines ist noch mit einer andern Entscheidung betraut worden. Er hat über die Wiedergutmachung betr. der Tonnage der Entente zu entscheiden. Frankreich will, wie das Blatt weiter berichtet, für jede Tonne des Binnenschiffraums der Entente, namentlich für jede französische und belgische Tonne, die von den Deutschen beschlagnahmt oder zerstört wurde, von der Gesamttonnage der deutschen Flußschiffahrt befriedigt werden. Der Amerikaner Hines hat aber entschieden, daß diese Wiedergutmachung bezw. Zurückerstattung nicht 20 Prozent der Gesamttonnage der deutschen Flußschiffahrt übersteigen darf. Diese deutsche Gesamttonnage werde auf über 6 Millionen Tonnen geschätzt.

Ernst Toller nicht begnadigt.

Berlin, 9. Jan. Das bayrische Justizministerium hat das Gesuch des Verbands deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten um Begnadigung des Dramatikers Ernst Toller abgewiesen. Von diesem Bescheid hat der Verband Ernst Toller Nachricht gegeben. In seiner Antwort hierauf betont Toller, daß er eine Begnadigung abgelehnt hätte, solange man nicht seinen mit ihm verurteilten Kameraden ebenfalls die Freiheit geschenkt hätte. Die bayrische Regierung hat jetzt nicht nur die öffentlichen, sondern auch die geschlossenen Aufführungen von Tollers Drama „Masse Mensch" verboten.

Die Deckung der Beamtenbesoldungserhöhungen.

Berlin, 9. Jan. Wie die B. Z. am Mittag hört, wird sich das Reichskabinett heute Montag mit der Frage beschäftigen, in welcher Weise die durch die Bewilligung der Besoldungserhöhungen für die Beamten verursachten Mehrausgaben in Höhe von etwa 6 bis 7 Milliarden ℳ gedeckt werden sollen. Zum Zwecke einer Aussprache hat der Reichsfinanzminister die einzelstaatlichen Finanzminister nach Berlin eingeladen. Erst darnach wird das Reichskabinett seine endgültigen Beschlüsse fassen.

Lloyd Georges Valutaprojekt.

Paris, 9. Jan. Dem Temps wird aus London bestätigt daß Lloyd George, wie bereits berichtet wurde, noch mit anderen Projekten zur Konferenz kommen werde, als nur mit der Frage der deutschen Entwaffnung, und zwar werde Lloyd George den vom englischen Handelsminister ausgearbeiteten Plan einer internationalen Finanzierung valutaarmer Warenkäufer vorlegen und die Teilnahme daran empfehlen.

Die Ministerkonferenz.

Paris, 8. Jan. Einige Abendblätter glauben, die Konferenz der Ministerpräsidenten werde 8 Tage dauern. Es sei möglich, daß die italienische Regierung nicht nur durch Giolitti, sondern auch durch den Grafen Sforza vertreten werde.

Ein Kriegsgerichtspräsident erschossen.

Athen, 8. Jan. Der wegen seiner Gewalturteile verhaßte frühere Präsident des Athener Kriegsgerichts, Oberst Phalseao, wurde auf offener Straße erschossen.

Ein bolschewistischer Weltterror.

Washington, 8. Jan. Amtliche Berichte an das Staatsdepartement zeigen an, daß die bolschewistischen Führer in Moskau beschlossen haben, die größten Anstrengungen für einen Weltterror zu machen. Die neue Taktik sieht die Erregung von Revolten, Streiks und allgemeinen Unruhen in allen größeren Ländern der Welt vor.

Waffensuche in Berlin-W.

Berlin, 8. Jan. Im Westen Berlins wurde heute vormittag erneut eine Durchsuchung von Häusern nach Waffen veranstaltet. Das Ergebnis war bis heute mittag noch unbekannt.

Keine Amtsmüdigkeit des deutschen Botschafters in Paris.

Paris, 9. Jan. Von zuständiger Seite wird festgestellt: Die durch die Presse gehende Nachricht, der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Mayer, sei amtsmüde, trifft nicht zu. Dr. Mayer hatte ursprünglich die Absicht nur ein Jahr in Paris zu bleiben. Er hat sich aber auf Vorstellung der Reichsregierung aus vaterländischen Gründen entschlossen, auf seinem Posten zu bleiben.

Harding und die Entwaffnungsfrage.

Paris, 9. Jan. Der „Chicago Tribune" wird aus Washington gemeldet, daß Präsident Harding beabsichtigt, bald nach Uebernahme seines Amtes am 4 März eine internationale Konferenz zur Beratung der Entwaffnungsfrage nach Washington einzuberufen. Zu dieser Konferenz würden alle Mächte eingeladen werden.

Württembergische Politik.

Vom Landtag.

Der württ. Landtag wird am 13. Januar die Vollsitzungen wieder aufnehmen und vor allem das Besoldungsgesetz für die Körperschaftsbeamten erledigen. Die Beratungen des Finanzausschusses werden am 11. Januar weitergeführt. Auch der Volkswirtschaftliche Ausschuß wird am 11. Januar über verschiedene Eingaben beraten. Die Vollsitzungen dürften nur 2—3 Tage in Anspruch nehmen, bis dann Ende dieses Monats die Etatsberatung vorgenommen wird.

Große Anfrage wegen des Reichsnotopfers.

Der Zentrumsabgeordnete Lins und die übrigen Mitglieder des Zentrums haben folgende Anfrage eingebracht. Die Veranlagung des Reichsnotopfers besonders bei Bewertung der land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke weist in den einzelnen Ländern solche Unterschiede auf, daß namentlich in den Grenzbezirken benachbarter Länder große Mißstimmung über die ungleichmäßige Durchführung des Reichsnotopfers herrscht. Die Klage, daß die württ. Finanzämter wie seinerzeit bei Durchführung des Wehrbeitragsgesetzes auch jetzt wieder auf Kosten der württ. Steuerzahler schärfer als die Finanzämter anderer Länder veranlagen, scheint berechtigt. Ist das Staatsministerium bereit, beim Reichsfinanzminister dahin vorstellig zu werden, daß das Reichsnotopfergesetz in allen Ländern gleichmäßig durchgeführt wird?

Um den Zusammenschluß der württembergischen und badischen Sozialdemokratie.

r **Mühlacker**, 8. Jan. Auf dem hiesigen Rathaus fand eine Konferenz badischer und württembergischer Sozialdemokraten statt, um den Zusammenschluß von Württemberg und Baden weiter zu verfolgen. Es bestanden keine grundsätzlichen Bedenken gegen den Zusammenschluß mehr, ja, es wurde die Notwendigkeit der Vereinigung beider Staaten grundsätzlich anerkannt. Der Vereinigungsgedanke soll in die Bevölkerung beider Länder getragen werden. In Württemberg stehen bekanntlich alle Parteien dem Vereinigungsgedanken sympathisch gegenüber. Nicht so in Baden. Es soll deshalb zunächst bei den badischen Parteien eine Klärung der Angelegenheit herbeigeführt werden.

Zentrumstag am Bodensee.

Am Erscheinungsfest hielt der württ. und badische Bodenseegau des Zentrums einen Parteitag in Friedrichshafen. Zunächst sprach der Abg. Andre über Wirtschaftsfragen. Er gab, nach dem „D. Volksbl.", seinen Ausführungen den Hinweis, daß den Beamten das Streikrecht prinzipiell nicht erteilt werden könne, denn sie stünden in einem anderen Verhältnis zum Staat als die Arbeiterschaft; der Staat habe aber die Pflicht, die Beamten zu bezahlen, daß sie leben und existieren können. Universitätsprofessor Dr. Baur-Tübingen behandelte kulturpolitische Fragen, wobei er u. a. das Recht der Privatschule verteidigte. Der bad. Abgeordnete Geistl. Rat Dr. Schofer (Freiburg) sprach über die Aufgaben des Zentrums, worauf Erzberger einen Ausblick auf die Zukunft warf. Er ist der Ansicht, daß das Jahr 1921 ein hartes, schwaches Jahr werde, härter als die letzten sechs Jahre. Das deutsche Volksvermögen sei ausgeplündert. Was die Feinde uns genommen, werde auf 300 Milliarden Papiermark berechnet. Die Weltgeschichte kenne keinen zweiten derartigen Vorgang. Es liege auf uns ein langsames Siechtum und Sterben, und doch haben die Opfer das Ende noch nicht erreicht. Noch immer wissen wir nicht, was wir bezahlen sollen. Dazu komme, daß wir für mindestens 20 Milliarden Brotfrucht einführen müssen. Der Widersinn der Weltpolitik zeige sich auch in dem amerikanischen Ueberfluß an Weizen und Baumwolle, in dem Mangel an Kleidung und in den überfüllten Möbellagern in Deutschland. Alles das sei das Resultat des Friedens von Versailles. Wenn Deutschland gerettet werden könne, sei es nur möglich durch ein einflußreiches Zentrum. Dieses habe sich 3 Leitsterne zur Richtschnur gemacht: die göttliche Wahrheit, die politische Freiheit und das ewige Recht.

Die Deutsch-demokratischen Frauen.

Die württ.-hohenzoll. Frauengruppen der D.d.P. hielten anläßlich der Landesversammlung der Partei eine Vertreterinnentagung in Stuttgart. Zu Vorsitzenden wurden gewählt: Mathilde Planck-Stuttgart, Gertrud Bohnet-Ludwigsburg und Dr. Martha Belz-Stuttgart.

Ein Württemberger im Generalsekretariat der Donaukommission.

Die Internationale Donaukommission hat auf ihrer Wiener Tagung im Dezember, in der der Haushaltplan der Kommission für 1921 festgestellt wurde, Deutschland das Recht auf Entsendung von 3 Beamten in das zurzeit in Budapest befindliche Generalsekretariat der Kommission eingeräumt. Je einer von ihnen soll das Reichsverkehrsministerium, Bayern und Württemberg haben. Württemberg hat den zuletzt als Berichterstatter im württ. Arbeitsministerium verwendeten Kapitän der Handelsmarine, Ferdinand Hesele, ausersehen, der den Dienst in Budapest bereits angetreten hat.

Generalstreiknachklänge.

r Stuttgart, 8. Jan. In den Generalstreiktagen des letzten Sommers hatte sich in Münster a. N. ein Aktionsausschuß etabliert, der u. a. auch Berechtigungsausweise für Fuhrwerke ausstellte. Als der Bäcker Zimmermann von einem Obstkauf heimkehrte, fand er die Brücke über den Feuerbach versperrt. Er beseitigte das Hindernis. Da kam eine Gruppe aufgeregter Arbeiter auf ihn zu, zerbrachen die Peitsche und bedrohten ihn mit Schlägen. Vor der hiesigen Strafkammer hatten sich deshalb zwei Daimlerarbeiter, Julius Hopf aus Münster und Anton Reinhardt aus Mühlhausen zu verantworten. Das Gericht verurteilte U. Württ. Ztg. Hopf zu 6 Wochen und Reinhardt zu 1 Woche Gefängnis.

Justizminister Bolz und Amtsrichter Wieland.

r Stuttgart, 8. Jan. Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Amtsrichter Wieland Ulm, der dieser Tage über die Ohrenbeichte im Siglehaus gesprochen hat, erklärte u. a.: Er habe einen Brief vom Landgerichtspräsidenten in Ulm erhalten, nach dem das württ. Justizministerium Auskunft über den Inhalt seiner Vorträge verlange. Unter Berufung auf § 118 der Reichsverfassung, der jedem Staatsbürger das Recht der freien Meinungsäußerung gewährleistet, habe er diese Einmischung des Justizministeriums als ungesetzlich zurückgewiesen und jede Rechenschaft über seine Vorträge verweigert. Die Schwäbische Tagwacht ergänzt diese ihre Darstellung durch die Bemerkung: In der Zurückweisung der Uebergriffe des Justizministeriums wird Wieland alle, die auf dem Boden der demokratischen Staatsverfassung stehen auf seiner Seite haben, mögen sie zu der Streikfrage selbst stehen wie sie wollen. — Das Justizministerium steht auf dem Boden der demokratischen Staatsverfassung und achtet das Recht der freien Meinungsäußerung auch bei den Beamten. Allein der Beamte — und zu den Beamten gehört auch der unabhängige Richter — untersteht dem Beamtenrecht das von ihm fordert, daß er sich in und außer dem Amte der Achtung würdig erweise, die sein Beruf erfordert. Gegen diese Verpflichtung verstößt ein Beamter, der das Recht der freien Meinungsäußerung dadurch mißbraucht, daß er öffentlich in einer Weise, die durch die Sache selbst nicht gerechtfertigt und daher durch das Recht der freien Meinungsäuße-

---

> Es ist eine falsche Nachgiebigkeit gegen die Menge, wenn man in ihnen die Empfindungen erregt, die sie haben wollen, und nicht, die sie haben sollen.
>
> Goethe, Wilhelm Meisters Wanderjahre.

Im Schatten der Schuld.

12) Original-Roman von Hanna Forster.

So war denn Renate auf Schloß Hollwangen gekommen, von Frau von Nehring halb als Gesellschafterin, allerdings mit sehr wenig Arbeit belastet, halb als Enkelin angesehen und im ganzen nicht unfreundlich behandelt. Ihrer sonnigen, gütigen und harmonischen Natur hatte selbst die hochmütige und herzlose Dame nicht widerstehen können, wenn sie auch ihre Gefühle nie zeigte.

Das Leben hatte sich für Renate allmählich ganz angenehm auf Schloß Hollwangen gestaltet. Den gänzlich mangelnden Verkehr vermißte sie nicht, da sie öfter ihre Freundin, die Baronesse Anneliese von Lowitz, die auf einem Nachbargut wohnte, besuchte. Leid hatte es ihr nur immer getan, daß sie der Großmutter innerlich so gar nicht näher kam. Doch im übrigen verlief ihr junges Dasein ohne Sorgen und Aufregungen.

Und nun fielen dunkle, rätselhafte Schatten auf ihr Leben! Schatten, die aus der Vergangenheit stammten und drohend die Gegenwart verdunkelten. Ein einziger Tag hatte genügt, um bange Ahnungen in Renates Seele wach werden zu lassen. Sie hatte mit einem Male das unbestimmte Gefühl als ob der Aufenthalt auf Schloß Hollwangen ihr nicht Glück, sondern Unglück bringen würde, obwohl die Großmutter sie als Erbin ihrer großen Reichtümer betrachtete. Oder vielleicht gerade deshalb.

Noch lange lag das junge Mädchen schlaflos da, und grübelte über alles nach, was sie heute gehört und über vieles, was sie früher nicht beachtet hatte. Bis endlich doch ihre junge gesunde Natur siegte und sie vor lauter Müdigkeit in einen festen, traumlosen Schlaf verfiel.

* * *

Das Rittergut Lowitz lag nicht sehr weit von Schloß Hollwangen entfernt. Es war kleiner als dieses, doch die Ländereien hatten guten Boden, und da Baron von Lowitz als vorbildlicher Landwirt bekannt war, galt das Gut als eines der besten in der Provinz. Das Herrenhaus war ein weißer schmuckloser Bau, doch im Frühling und Sommer, wenn es ganz vom Efeu umrankt dalag, wirkte es märchenhaft schön. Ein weitläufiger Park mit alten Baumreihen und einem größeren Teich bildeten noch einen besonderen Reiz von Lowitz.

Es war an einem milden Lenzesmorgen, Ende April, als die Baronin von Lowitz, eine sympathisch brünette Dame Mitte Vierzig, auf der geräumigen Terrasse saß, von der aus man einen wundervollen Blick in den Park hatte und das Wasser des Teiches durch die Bäume glitzern sah. Der Frühstückstisch war nett und hübsch gedeckt wie immer, bunte Frühlingsblumen standen in einer einfachen Vase, und eine dunkle Tonschale war gefüllt mit zartgelben Narzissen.

Frische Landbutter, köstlich duftender Honig, Schnitten von weißem und schwarzem Brot harrten ihrer Bestimmung. Auf dem elektrischen Aufwärmer stand die silberne Kaffeemaschine, über die die sorgliche Hausfrau einen Kaffeewärmer gezogen hatte. Als Frau von Lowitz sah, daß nichts fehlte, dachte sie, „jetzt können sie kommen, sie werden beide hungrig genug sein."

Da die Baronin von Lowitz von etwas zarter Gesundheit war, duldete ihr Gatte nicht, daß sie morgens früh aufstand, und sich um die wirtschaftlichen Arbeiten kümmerte. Es war eingeführt worden, daß er sowie die einzige Tochter Anneliese, die eine Frühaufsteherin war und sich mit größtem Eifer auf dem Gut betätigte, sehr zeitig eine Tasse Kaffee und ein Brötchen genossen und sich dann so gegen 9 Uhr zum Hauptfrühstück einfanden, das an schönen Tagen auf der Terrasse, bei kühler Witterung im Wohnzimmer der Hausfrau eingenommen wurde.

Jetzt hörte die Wartende Stimmen. Eine tiefe männliche und eine helle lustige Mädchenstimme. Bei diesen vertrauten Klängen kam ein froher Glanz in die Augen der Baronin. Im nächsten Augenblick wurde auch schon die Tür, die von der Terrasse in das Wohnzimmer führte, geöffnet, und als erste eilte die schlanke, dunkelhaarige Anneliese über die Schwelle. Die Baronin mit stürmischer Herzlichkeit umfassend rief sie:

„Guten Morgen, Mutti, da sind wir. Hast du gut geschlafen? Vater und ich haben schon ordentlich was geleistet, gelt?"

Bei den letzten Worten wandte sie sich an den Baron, eine kräftige mittelgroße Gestalt, blond mit sonnenverbranntem Gesicht, der echte Landwirt. Er sah zuerst voll zärtlicher Fürsorge in das Gesicht seiner Frau, dann aber haftete sein Blick voll Stolz auf der Tochter, die jetzt die wohlgeformten Arme reckte, sich die dunklen Löckchen aus der Stirn schüttelte und lachend ausrief:

„Aber mächtigen Hunger haben wir auch mitgebracht!"

Ein nachsichtiges Lächeln spielte um den Mund der Baronin. Ihrer mehr ruhigen Natur lag alles Laute, kräftig Auftretende fern, doch Anneliese bei allem Uebermut so arbeitsfrohe und vor allen Dingen auch arbeitstüchtige Natur ließ jeden Tadel unangebracht erscheinen. So ließ sie sie denn gewähren, im Innersten davon überzeugt, daß sie sich allmählich schon etwas abschleifen und „sanfter," wie sie es nannte, werden würde.

Nein, sanft wirkte die Baronesse Anneliese wirklich nicht. Aber wie ein echtes frisches Landedelfräulein, das mit herzhaftem Appetit ohne jede Ziererei aß, und sich gar nicht genierte, eine ganze Reihe von Schnitten, mit Butter und Honig bestrichen, hinter ihren blendend weißen Zähnen verschwinden zu lassen.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

licht, daß das Jahr 1921 ein
e, härter als die letzten sechs
nögen sei ausgeplündert. Was
erde auf 300 Milliarden Pa-
geschichte kenne keinen zweiten
auf uns ein langsames Siech-
aben die Opfer das Ende noch
issen wir nicht, was wir be-
daß wir für mindestens 20
n müssen. Der Widersinn der
dem amerikanischen Ueberfluß
in dem Mangel an Kleidung
lagern in Deutschland. Alles
ebens von Versailles. Wenn
nne, sei es nur möglich durch
lieses habe sich 3 Leitsterne zur
iche Wahrheit, die politische

ratischen Frauen.

engruppen der D.d.P. hielten
ng der Partei eine Vertreterin-
Vorsitzenden wurden gewählt:
rud Bohner-Ludwigsburg und

**Generalsekretariat der
mission.**

aukommission hat auf ihrer
in der der Haushaltplan der
ellt wurde, Deutschland das
Beamten in das zurzeit in
retariat der Kommission ein-
soll das Reichsverkehrsminis-
erg haben. Württemberg hat
im wirkt. Arbeitsministerium
eitsmarine, Ferdinand Hefele,
udapest bereits angetreten hat.

nachklänge.

den Generalstreiktagen des
Münster a. N. ein Aktions-
ch Berechtigungsausweise für
Bäcker Zimmermann von
nd er die Brücke über den
gie das Hindernis. Da kam
er auf ihn zu, zerbrochen die
Schlägen. Vor der hiesigen
zwei Daimlerarbeiter, Julius
Reinhardt aus Mühlhausen
verurteilte lt. Württ. Ztg.
rbt zu 1 Woche Gefängnis.

Amtsrichter Wieland.

zuständiger Seite wird uns
b Ulm, der dieser Tage über
gesprochen hat, erklärte u. a.:
hgerichtspräsidenten in Ulm
Justizministerium Auskunft
e verlange. Unter Berufung
der jedem Staatsbürger das
rung gewährleistet, habe er
nisteriums als ungesetzlich
chalt über seine Vorträge ver-
wacht ergänzt diese ihre Dar-
In der Zurückweisung der
ns wird Wieland alle, die
chen Staatsverfassung stehen
sie zu der Streikfrage selbst
Justizministerium steht auf
Staatsverfassung und achtet
äußerung auch bei den Be-
und zu den Beamten gehört
untersteht dem Beamtenrecht
ch in und außer dem Amte
sein Beruf erfordert. Gegen
Beamter, der das Recht der
ch mißbraucht, daß er öffent-
e Sache selbst nicht gerecht-
ht der freien Meinungsäuße-

das an schönen Tagen auf
rung im Wohnzimmer der

stimmen. Eine tiefe männ-
chenstimme. Bei diesen ver-
er Glanz in die Augen der
ick wurde auch schon die Tür,
ohnzimmer führte, geöffnet,
dunkelhaarige Anneliese über
stürmischer Herzlichkeit um-

sind wir. Hast du gut ge-
schon ordentlich was gelei-

ndie sie sich an den Baron.
blond mit sonnenverbrannt-
Er sah zuerst voll zärtlicher
Frau, dann aber hatte sein
, die jetzt die wohlgeformten
chen aus der Stirn schüttelte

aben wir auch mitgebracht!"
spielte um den Mund der
Natur lag alles Laute, kräf-
tiefes bei allem Uebermut so
gen auch arbeitstüchtige Na-
cht erscheinen. So ließ sie
en davon überzeugt, daß sie
leisen und „sanfter," wie sie

neffe Anneliese wirklich nicht.
bedelfräulein, das mit herz-
et aß, und sich gar nicht ge-
Schnitten, mit Butter und
endend weißen Zähnen ver-

(Fortsetzung folgt.)

rung nicht gedeckt ist, die Gefühle der Bevölkerung oder eines Teils dieser gröblich verletzt, mit der er kraft seines Amtes zu tun hat und deren Achtung ihm zur Ausübung des Amtes unerläßlich ist. Die Pressberichte über das Auftreten des Amtsrichters Wieland in Ulm ließen die Möglichkeit erkennen daß die genannte Beamtenpflicht verletzt, ja sogar, daß gegen den § 166 des St. G. verstoßen sei. Deshalb war es Recht und Pflicht des Justizministeriums, den Tatbestand festzustellen. Dies hat das Justizministerium getan, indem es folgenden Erlaß an den Präsidenten des Landgerichts Ulm gerichtet hat: „Ich ersuche den Herrn Landgerichtspräsidenten durch Anhörung des Amtsrichters Wieland und nötigenfalls auf andere geeignete Weise, darüber Grund zu machen, ob sich Amtsrichter Wieland in öffentlicher Versammlung in einer Weise geäußert hat, die geeignet war, die religiösen Gefühle des katholischen Teils der Bevölkerung zu verletzen." Auf diesen Erlaß ist eine Antwort bis jetzt nicht eingelaufen. Von ihrem Ausfall wird die weitere Stellungnahme des Justizministeriums abhängen. — Von einem „Uebergriff" des Justizministeriums ist hienach keine Rede, wohl aber von falscher Auslegung der Verfassung und Unkenntnis des Beamtenrechts auf Seiten des Amtsrichters Wieland.

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, 10. Januar 1921.

* **Fortsetzung der Volksbildungskurse.** Unter dem Vorsitz von Herrn Prof. Dr. Wagner fand am Samstag Abend im „Bären" eine Vorbesprechung über die Art der Beibehaltung der Volksbildungskurse statt. Nach kurzer Aussprache fand man die Lösung in der Bildung von Gruppen. Die 1. Gruppe umfaßt die Fortsetzung der alten und die neuen Kursreihen, die 2. Gruppe die Einzelvorträge hiesiger Redner, die 3. Gruppe die Einzelvorträge auswärtiger Redner. Die Einzelvorträge, die neu hinzugekommen sind, haben den Zweck und die Aufgabe, den Hörern möglichst viele Gebiete zugänglich zu machen. Es sind vorgesehen in der

I. Gruppe (Kurse): „Unsere Ernährung in naturwissenschaftlicher und volkswirtschaftlicher Beleuchtung" (Oberreallehrer Dr. Bretschneider). „Das Betriebsrätegesetz" (Obersekretär Talmon-Gros). „Die Entwicklung des Christentums" (Stadtpfarrer Völter-Wildberg).

II. Gruppe: Es sollen etwa 10 Einzelvorträge aus verschiedenen Gebieten gehalten werden, für welche die Herren Rektor Dieterle, Prof. Ulrich, Dr. Bretschneider, Studienrat Goes (Probleme der Toleranz) Stadtpf. Schairer (moderne Philosophie), Dr. Wagner (Alchimistenträume), Studienrat Schmid (Spitteler) ihre Mitwirkung zugesagt haben. Im Januar werden an Vorträgen stattfinden: „Die Geschichte des Klosters Hirsau" (Rektor Dieterle), „Unsere Pflicht gegen das kommende Geschlecht. Rassengesundheitspflege" (Dr. Bretschneider), „Einführung in Iphigenie" (Prof. Ulrich). Diese Vorträge wechseln an den Wochentagen Mittwoch, Donnerstag und Samstag und werden je vorher im Gesellschafter rechtzeitig bekannt gegeben.

Herr Studienrat Schmid wird in seinen Vorspielabenden (Donnerstags) zum Vortrag bringen: Violinstücke von Händel, Bach, Mozart, Beethoven, Werke von Bizet und Richard Wagner, Klaviersonaten und Trios von Beethoven, Sonaten für 2 Violinen von Bach und Händel, gem. Chor die Schöpfung von Haydn.

III. Gruppe. Es soll versucht werden, für Vorträge (an Sonntagen) einige auswärtige Redner (vielleicht Universitätsprofessoren) zu gewinnen.

Die Einzelvorträge würden im Festsaal des Seminars, die Kurse wie bisher im Roten Schulhaus stattfinden. Verzeichnis der Kurse wird Mitte der Woche veröffentlicht. Die Kurse beginnen voraussichtlich Freitag. An Kursgeldern werden wie bisher 5 ℳ für den Kurs erhoben, Einzelvorträge der II. Gruppe 1 ℳ bezw. die ganze Reihe der Vorträge 5 ℳ. Das Eintrittsgeld in die Vorträge der Gruppe III werden infolge Reiseunkosten u. s. w. etwas teurer werden. Weitere Wünsche und Vorschläge sind an Prof. Dr. Wagner zu richten.

* **Die mittleren Beamten der Oberämter.** Die mittleren Verwaltungsbeamten bei den Oberämtern streben schon längere Zeit die Zuteilung eines selbständigen Geschäftsteils an. Das Ministerium des Innern hat vor einiger Zeit einen Erlaß bekanntgegeben, der besagt, daß das Ministerium grundsätzlich bereit ist, auch den mittleren Beamten der Oberämter bestimmte oberamtliche Geschäfte zur selbständigen Besorgung unter eigener Verantwortung unbeschadet der dem Oberamtsvorstand obliegenden Aufsichtsführung zuzuweisen. Einer befriedigenden Lösung dieser Frage stehe jedoch die Bezirksordnung (Art. 6—8) entgegen. In dem zur Zeit in Bearbeitung befindlichen Entwurf einer Aenderung der Bezirksordnung werde auch die Möglichkeit geschaffen werden, den mittleren Beamten der Oberämter einen selbständigen Geschäftsteil zuzuweisen. Im übrigen könne jetzt schon unter gewissen Voraussetzungen einem mittleren Beamten des Oberamts die Stellvertretung des Oberamtsvorstands übertragen werden.

-z **Waldarbeiterversammlung.** Am Sonntag fanden in Oberjettingen, Nagold und Ebhausen gut besuchte Waldarbeiterversammlungen statt. Kreisleiter Hitz referierte über die Maßnahmen der Württ. Forstdirektion. Er protestierte gegen die Aussperrung der Waldarbeiter ohne daß zuvor alle Schlichtungsinstanzen angerufen waren. Die Waldarbeiter erkennen darin eine Umgehung der tariflichen Bestimmungen und eine Verkümmerung ihrer tariflichen Rechte. Es wurde allgemein Klage geführt, daß die Akkordsätze so niedrig angesetzt wurden, daß trotz fleißiger Arbeit die einzelnen Holzhauergruppen nicht auf den tariflichen Stundenlohn gekommen sind. Nicht verstehen können die Holzhauer, daß im staatlichen Forstbetrieb immer noch begüterte Bauern, die teilweise Dienstboten beschäftigen oder in amtlichen Stellen tätig sind, im Wald beschäftigt werden, während arme Holzhauer keine Beschäftigung haben und mit der Arbeitslosenunterstützung ein kärgliches Leben führen müssen. Nachdem die Forstbeamten so reichlich mit Holz versorgt wurden, verlangen auch die Waldarbeiter, daß ihnen die seitherigen Vergünstigungen weiter gewährt werden. Die Waldarbeiter beauftragten die Verbandsleitung, bei den Vertretern des Württ. Landtags gegen die Maßnahmen der Württ. Forstdirektion Protest zu erheben.

* **Verein der Hundefreunde.** (Verspätet eingetroffen.) Der Verein der Hundefreunde Nagold und Umgebg. hielt am 2. Jan. im „Schwarzen Adler" hier, seine zahlreich besuchte 4. Generalversammlung ab. Nach Erstattung des Jahres- und Rechnungsberichtes wurde zu dem Abschluß einer gemeinsamen Haftpflichtversicherung Stellung genommen. Der anwesende Vertreter einer Vers. Ges. stellte die Prämie außerordentlich günstig, sodaß auf jedes versicherte Mitglied ℳ 5.50 pro Hund und Jahr entfallen, bei einer Haftsumme bis ℳ 300 000. Nachdem noch die Regelung des diesjährigen Dressurkurses besprochen, und Neuwahlen vorgenommen wurden gingen die Teilnehmer wohlbefriedigt nach Hause.

[- **Ev. Kirchengemeinde Nagold.** Die Veränderungen im Familienstand der Gemeinde über das Jahr 1920 stellen sich wie folgt (die Zahlen in Klammer sind die von 1919): Getauft wurden 68 (71) Kinder; am Konfirmationssaltar standen 77 (86) Kinder, 36 Knaben, 41 Mädchen. Die Trauungen haben etwas zugenommen; es waren 34 gegen 28; abgenommen dagegen haben stark die Beerdigungen: 31 gegen 59.

* **Wahl.** Herr Stadtschultheiß Knauß von Haiterbach, wurde als Verwaltungs- und Steuerratsschreiber nach Blaubeuren gewählt mit Amtsübernahme vom 1. Febr. 1921 an.

* **Bayerische Briefmarken im ganzen Reich.** Bayerische Briefmarken werden jetzt im ganzen Deutschen Reich ausgegeben. Von den hochwertigen Stücken zu 4, 5, 10 und 20 Mark der letzten Bayernausgabe hatte die bayerische Postverwaltung einen so großen Vorrat herstellen lassen, daß er wohl geeignet ist, dem Mangel an Briefmarken der höheren Werte im alten Reichspostgebiet abzuhelfen. Natürlich haben sie, wie alle ehemaligen bayerischen Marken, den Ueberdruck „Deutsches Reich."

* **Falsche polnische Tausendmarkscheine.** In Berlin werden augenblicklich große Mengen falsche polnische Tausendmarkscheine in den Verkehr gebracht. Die Vertreiber sind Galizier, die Banken und Wechselstuben aufsuchen und hier die Fälschungen umsetzen.

* **Seuchenstand in Württemberg.** Nach den Berichten der Tierärzte hat die Maul- und Klauenseuche in der letzten Dezemberhälfte erheblich an Ausdehnung abgenommen. Am 15. Dezember 1920 waren noch 950 Gemeinden mit 13 032 Gehöften verseucht, dagegen am 1. Januar 1921 nur noch 771 Gemeinden mit 8101 Gehöften, darunter sind 52 neu verseuchte Gemeinden mit 1862 Gehöften. Die Pferderäude herrscht in 13 Oberämtern mit 18 Gemeinden, davon neu in 3 Gemeinden. Die Schafräude ist in 15 Oberämtern mit 25 Gemeinden aufgetreten.

* **Erhöhung der Zigarettensteuer.** Trotz der dringlichen Vorstellungen der Zigarettenfabrikanten und der Arbeitnehmer in der Zigarettenindustrie hat das Reichsfinanzministerium beschlossen, ab 1. April 1921 die Zigarettensteuer dadurch zu erhöhen, daß es die am 1. April 1920 vorgenommene Herabsetzung der Steuersätze um 50% aufhebt und die Ermäßigung auf 30% festsetzt. Die Erhöhung beträgt somit 11.60 ℳ für 1000 Stück. Diese neue Maßnahme bedeutet eine weitere schwere Gefährdung der Zigarettenindustrie, die zurzeit infolge der Valuta und des Schmuggels an der Westgrenze schwer zu kämpfen hat. Auch für die Raucher wird die neue Verordnung einschneidend wirken, umso mehr, als gerade die verhältnismäßig billigen Zigaretten prozentual von der Steuer härter getroffen werden, als die ganz teuren Luxuszigaretten.

* **Rückständige Guthaben der Heimkehrer.** Die Auszahlung der aus Kriegsgefangenschaft rückständigen Guthaben der Heimkehrer ist a) bezüglich des Arbeitslohnes abhängig von dem Eingang der fremdstaatlichen Guthabenlisten b) bezüglich des Bargeldes Postgeld usw.) von dem Eingang des Geldes nebst zugehörenden Listen. Die Listen müssen zunächst hier geprüft und durch Zusatz des Truppenteils und der Heimatanschrift vervollständigt werden. Diese Maßnahme ist im Interesse der Empfänger nicht zu umgehen, beansprucht aber eine gewisse Zeit. Die Absendung der Gelder an die Heimkehrer geschieht dann ohne weiteres Zutun durch die Zweigstelle der General-Kriegskasse, Berlin SW. 19, Unterwasserstraße 7, die täglich mehrere hundert Zahlungen an die Heimkehrer erledigt. Eine von der englischen Regierung über rund 43328 Pfund eingegangene Guthabenliste ist bereits zum größten Teil ausgezahlt.

Aus dem übrigen Württemberg.

Calw, 8. Jan. Zur 50jährigen Gedenkfeier der Gründung des Deutschen Reiches wird hier eine allgemeine Feier für alle Kreise der Bevölkerung veranstaltet werden. Die Gesangvereine und der Kirchenchor haben ihre Bereitwilligkeit zur Mitwirkung ausgesprochen. Die Einladung wird von den Geistlichen beider Konfessionen, von dem Oberamtmann und dem Stadtvorstand ausgehen. Als Festredner ist ein auswärtiger bedeutender Historiker gewonnen. — An Silvester wurden in der Zigarrenfabrik, Firma Pch. Huttens Nachfolger, über Arbeiter und Arbeiterinnen für dreißigjährige ununterbrochene verdienstvolle Arbeit bei derselben Firma in würdiger Weise geehrt. Es sind dies Georg Weik, Meister in der Filiale Wildberg, Georg Luz aus Ottenbronn, Karl Heugle aus Calw und Marie Talmon Groß aus Hirsau. Herr Hippelein überreichte den Jubilaren im Namen der Firma ein ansehliches Geldgeschenk und dankte in warmen Worten für ihre treue gute Arbeit und wünschte ihnen, daß sie gesund und lebensfrisch noch lange der Firma ihre Kräfte widmen möchten. — Die Häuserpreise sind hier sehr in die Höhe gegangen. In letzter Zeit wurden zwei Privathäuser verkauft, von denen das eine vor 3 Jahren noch um 40 000 ℳ feil war, das andere kostete vor dem Krieg 13 000 ℳ. Nun ist ersteres zu 140000 ℳ, letzteres um 95 000 ℳ verkauft worden. Käuferin des ersteren Hauses in der Uhlandstraße ist Frau Witwe Knodel z. Rößle in Nagold.

r **Tübingen,** 8. Jan. Der Ordinarius für Augenheilkunde an der Universität Jena, Professor Dr. Wolfgang Stock, hat den Ruf an die hiesige Universität angenommen. — Der außerordentliche Professor für Botanik Dr. Ernst Lehmann hat einen Ruf an die Universität Bonn erhalten.

r **Brittheim** OA. Sulz, 8. Jan. Morgens brach in dem Wohn- und Oekonomiegebäude mit Schreinerwerkstätte Anbau des Andreas Dreher Feuer aus, dem das ganze Anwesen fast vollständig zum Opfer fiel. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt.

r **Stuttgart,** 9. Jan. Neuerdings gehen hier aus verschiedenen Bezirken des Landes wieder Kartoffeln zu billigem Preis und von guter Qualität ein. Sie werden an wirtschaftlich Schwache um 22 ℳ der Ztr. abgegeben.

Gefangenenmeuterei auf dem Hohenasperg.

r Asperg, 8. Jan. Am Sonntag kam es auf dem Hohenasperg zu einer schweren Meuterei der Strafanstaltsinsassen. Abends gegen ½6 Uhr fielen die Angehörigen zweier Gefangenenabteilungen plötzlich über den diensttuenden Wachtmeister Schöffel her in der Absicht, sich und den übrigen Gefangenen dadurch den Weg in die Freiheit zu bahnen. Der Angegriffene wurde durch Schläge mit Flaschen und Tritte auf den Leib schwer mißhandelt, ebenso der zur Hilfe herbeieilende Wachtmeister Strohhäcker, dem die Schlüssel entrissen wurden. Den Meuterern gelang es dann mit Hilfe der Schlüssel, in den Hof zu gelangen. Hier stießen sie aber auf den Widerstand der weiteren herbeigeeilten Aufseher, von denen sie ins Haus zurückgetrieben wurden. Der Rädelsführer wurde dingfest gemacht. Der Plan, zu dessen Gelingen nicht mehr viel fehlte, scheint von langer Hand vorbereitet gewesen zu sein. Wie die Ludwigsb. Ztg. hört, herrscht unter den Gefangenen schon seit einiger Zeit ein zum Revoltieren neigender Geist, der von der Wachmannschaft nur mit Mühe eingedämmt werden kann und schon mehrfach zu Ausbruchsversuchen geführt hat.

Das Reichsheer in Württemberg und Baden.

Nachdruck verboten.

Die Aufstellung des neuen Reichsheeres (100 000 Mannheer) ist am 1. Januar vollendet worden; die seit 2 Jahren dauernde, schwierige Zeit der Umformierungen ist nun endgültig vorüber. Die äußere Form ist fertig, es gilt jetzt nur noch an dem inneren Ausbau zu arbeiten und aus dem kleinen Reichsheer ein Instrument der Ruhe, Ordnung und Zucht zu machen, auf das sich Volk und Regierung immer und nach jeder Seite hin verlassen kann. Ihre etatsmäßigen Stärken haben die Truppenteile vor allem in Süddeutschland jedoch zur Zeit vielfach noch nicht erreicht.

Sämtliche in Württemberg und Baden untergebrachten Truppen, mit Ausnahme der Kavallerie, die der 3. Kavalleriedivision in Cassel untersteht, sind der 5. Infanteriedivision in Stuttgart unterstellt, da der größere Teil Badens zur neutralen Zone am Rhein gehört, in der wir keine Truppen haben dürfen. Ueber die derzeitige endgültige Dislokation der Truppen gibt die folgende Uebersicht, die die Bezeichnung der Truppenteile ab 1. Januar enthält, Auskunft, wobei immer nur die Teile der betreffenden Formationen aufgeführt sind, deren Garnisonsort in Württemberg und Baden liegt.

5. Infanterie-Division	Stuttgart
Infanterieführer 5	Stuttgart
Artillerieführer 5	Stuttgart
Infanterie-Regiment 13, Stab	Ludwigsburg
1. (Jäger) Bataillon	Ulm
II. „	Stuttgart
III. „	Ludwigsburg
Ergänzungs- „	Gmünd
Minenwerferkompagnie 13	Ludwigsburg
Infanterie-Regiment 14, Stab	Konstanz
I. Bataillon	Konstanz
II. „	Tübingen
Ergänzungs-Bataillon, Stab, 1. u. 2. Komp.	Donaueschingen
3. Komp.	Villingen
Minenwerferkompagnie 14	Konstanz
Artillerie-Regiment 5, I. Abteilung	Ulm
„ „ II. Abteilung	Ludwigsburg
„ „ Ergänzungs-Batterie	Ulm
Kavallerie-Regiment 13, Stab, 2. u. 5. Esk.	Stuttgart-Cannstatt
„ „ 1., 3. u. 4. Esk.	Ludwigsburg
Pion.-Batl. 5, Stab, 3. Komp. u. Scheinwerferzug	Ulm
1. und 2. Kompagnie	Neu-Ulm
Nachrichtenabteilung 5, Stab und 1. Komp.	Stuttgart-Cannstatt
Kraftfahrabteilung 5, Stab und 1. Komp.	Stuttgart-Cannstatt
„ „ 2. Komp.	Ulm
Fahrabteilung 5, Stab, 1. und 2. Komp.	Ludwigsburg
4. Komp.	Ulm
Sanitätsabteilung 5	Stuttgart.

Außerdem besteht noch in Ulm die Festungskommandantur und das Zeugamt, in Münsingen die Kommandantur des Truppenübungsplatzes.

Ganz aus Württembergern besteht nur das Infanterie-Regiment 13 und die Ludwigsburger Artilleriedivisionen; ganz aus Badenern das Infanterie-Regiment 14 und die Ulmer Artillerieabteilung. Die anderen Formationen sind aus Württembergern u. Preußen, Württembergern und Badenern, oder Württembergern, Preußen und Badenern zusammengesetzt, doch so, daß geschlossene Kompagnien usw. württembergisch, badisch oder preußisch sind. Sämtliche höheren Stäbe sind aus Angehörigen aller 3 Stämme gebildet.

Familiennachrichten.

Stadt Nagold.

Geburten: 6. Dez. Erwin Hesperler, Malermeister 1 S., 11. Dez. Heinrich Brunner, Schlosser 1 S., 12. Dez. Karl Bach, Studienrat 1 S., 21. Dez. Eugen Hoffmann, landw. Verwalter, Pilgerruhe, 1 T., 19. Dez. Wilh. Balmer, Kaufm. 1 S., 31. Dez. Gustav Gauger, Hilfsarbeiter 1 T.

Eheschließungen: 21. Dez. Franz Kohler, Gärtner mit Pauline Henninger, beide hier. 27. Dez. Karl Frank, Elektro-Installateur von Besigheim, mit Berta Haar von hier.

Sterbefälle: 2. Dez. Luise Meyer, Ältesten We., 79 J. alt. 5. Dez. Josef Rath, Forstwart von Gündringen, 53 J. alt. 19. Dez. Max Müller, Schneidermeister von Vollmaringen, 70 J. alt. 27. Dez. Sofie Rauser, Sattlers Wwe., 60 J. alt. 30. Dez. Christian Kienle, Hilfsarbeiter, 46 J. alt.

Angeordnete Aufgebote: 9. Dez. Christian Gauß, Holzarbeiter hier und Luise Rehrer von Tübingen.

Büchertisch.

Auf alle in dieser Spalte angezeigten Bücher und Zeitschriften nimmt die Buchhandlung von G. W. Zaiser, Nagold Bestellungen entgegen. (Die Preise richten sich stets nach dem jeweiligen Büchermarkt.)

„Der Volksdienst", Zeitung für genossenschaftlichen Aufbau erscheint wöchentlich im Volksdienstverlag München, Bayerstraße 45.

Letzte Nachrichten.

Der englische Studiengeneral unserer Entwaffnung.

Paris, 10. Jan. Der englische General Maurice, der sich gegenwärtig in Deutschland aufhält, um die Entwaffnungsfrage zu studieren, schreibt in den „Daily News": Es sei kaum zweifelhaft, daß die deutsche Regierung sich ehrlich bemühe, die Entwaffnung durchzuführen. Frankreich sei zum guten Teil im Recht, wenn es die Auflösung der Einwohnerwehren verlange. Die einzige Differenz zwischen der französischen und der englischen Auffassung liege in der Wahl der zweckmäßigsten Mittel. Die Franzosen hätten lange Zeit gewünscht, das Ruhrgebiet zu besetzen, wo die Sympathien durchweg nach links gingen. Dies würde eine Strafmaßnahme gegen die Regierung und die Linksparteien sein. Das richtige Verfahren sei, die Stellung der gegenwärtigen deutschen Regierung zu stärken. Wenn das deutsche Volk überzeugt werden könne, daß die Wiederherstellung der Industrie und die Bekämpfung der Teuerung von der genauen Erfüllung der Militärbestimmungen des Versailler Vertrags abhängen, so werde es die Mittel finden, die geeignet seien, diese Bedingungen durchzuführen. Wenn andererseits die Engländer und Franzosen durch ihr Vorgehen die Lebensbedingungen in Deutschland erschwerten, so würden sie direkt in die Karten der Reaktionäre spielen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Kundgebung für Oberschlesien.

Linz, 10. Jan. In einer hier veranstalteten Kundgebung für Oberschlesien betonten Redner aller Parteien die Bedeutung Oberschlesiens auch für Oesterreich, sowie die Notwendigkeit des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland. An den Reichspräsidenten Ebert wurde ein Begrüßungstelegramm gesandt, in dem die Uebergriffe und Gewaltätigkeiten im Abstimmungsgebiet aufs schärfste verurteilt werden und dem heißen Wunsch für einen deutschen Sieg bei der Abstimmung Ausdruck verliehen wird.

Grubenbrand.

München, 10. Jan. In den Kohlengruben von Hausham bei Penzberg brach in der vergangenen Nacht ein Grubenbrand aus. Sieben Personen, nämlich drei Beamte und vier Bergarbeiter, sind ums Leben gekommen.

3000 Kommunisten an die tschechischen Gerichtsbehörden eingeliefert.

Prag, 10. Jan. Rude Pravo teilt mit, daß die Zahl der bisher bei den tschechischen Gerichtsbehörden eingelieferten Kommunisten sich auf ungefähr 3000 beläuft.

„Deutschland führt Milch aus!"

Koblenz, 10. Jan. Die Pressestelle des Reichskommissars für die besetzten rheinischen Gebiete meldet: Das „Echo du Rhin" hat vor längerer Zeit aus leicht erklärlichen Gründen unter der Ueberschrift „Deutschland führt Milch aus" die von vornherein unbeweisliche Behauptung aufgestellt, daß die Außenhandelsstelle in Berlin die Bewilligung der regelmäßigen Ausführung von Milch nach Dänemark erteilt habe. Diese Nachricht ist aus dem „Echo du Rhin" auch in verschiedene deutsche Blätter übergegangen. Wie wir demgegenüber von zuständiger Seite erfahren, ist niemals eine Ausfuhrgenehmigung für Milch erteilt worden.

Die Schiffszuweisung an Frankreich.

Paris, 10. Jan. Der Associated Preß wird aus Washington gemeldet, daß der gemäß dem Versailler Friedensvertrag mit der Verteilung der Binnenschiffe in den verschiedenen internationalen Gewässern betraute Schiedsrichter Walter Dr. Hines seinen ersten Spruch gefällt hat, durch den etwa 253 000 Tonnen Schiffsraum an Kähnen und ferner Schleppschiffe mit einer Leistungsfähigkeit von insgesamt 24 000 Pferdekräften Frankreich zugewiesen werden, was ungefähr 13 ½ % der Gesamttonnage der deutschen Rheinflotte bedeutet.

Bremer Volksabstimmung über den Rücktritt des Senats.

Bremen, 10. Jan. Bei der gestrigen Volksabstimmung über die Frage, ob der Senat zurücktreten soll, wurden 73 778 Stimmen mit Ja, und 99 569 Stimmen mit Nein abgegeben. Ein Bezirk steht noch aus.

Eine Million Arbeitslose.

Paris, 9. Jan. Englischen Blättern zufolge beträgt die Zahl der Arbeitslosen eine Million. Die Regierung beabsichtigt in den staatlichen Fabriken und Docks zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Arbeitswoche um einen Tag zu kürzen.

Lord Reading Vizekönig von Indien.

Paris, 10 Jan. Wie Havas aus London meldet, ist laut amtlicher Mitteilung Lord Reading zum Vizekönig von Indien ernannt worden.

Landw. Ortsverein Nagold.

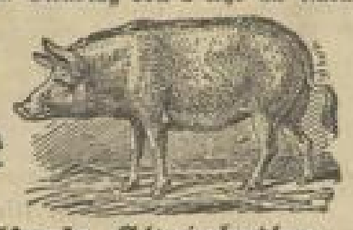
Sämtliche Besteller von Saatfrucht, insbesondere die Voll-Selbstversorger wollen die bestellte Menge innerhalb 3 Tagen an das Lager des Kommunalverbandes abliefern, weil sonst der Verein keine Saatfrucht erhält. 140

Auskunft über die bestellte Menge erteilt das städtische Nahrungsmittelamt. **Der Vorstand.**

Nagold. 130

Verkaufe am nächsten Dienstag von 8 Uhr an einen Transport schöne

Läufer-Schweine



in meinem Stall.

Chr. Kienle, Schweinehandlung

Telef. Nr. 112.

Familien-Kalender 1921.

Der Volksbote
Illustr. Hausfreund
Immergrün-Kalender
Frauenlob-Kalender
Württ. Landes-Kalender
Lahrer hinkender Bote
Schwäbischer Bauernfreund
Der neue Vetter aus Schwaben
Stuttgarter Lustiger Bilder-Kalender
Hebels Rheinländischer Hausfreund
und viele andere empfiehlt

G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

Verloren

ging auf der Straße Emmingen—Nagold **eine Brosche.** Dem ehrlichen Finder wird eine gute Belohnung zugesichert. Abzugeben in der Geschäftsstelle d. Bl. 143

144 **Nagold.**

Lein- und Hanf-Samen

kauft jedes Quantum

Berg & Schmid.

Fleißiges, ehrliches 138

Mädchen

für Küche und Haushalt sucht auf 1. Februar oder erbittet Angebote evt. Vorstellung.

Frau Maria Kohler, Talmühle.

Gesucht wird ein solides, gewandtes 106

Zimmermädchen

das schon in Hotels war, sowie ein junges, kräftiges

Mädchen

für Küche und Hausarbeit. Zuschriften mit Zeugnissen u. und Gehaltsansprüche sind erbeten an

Carl Schnauffer, Hotel Adler :: Calw.

Nagold. 136

Circa 10 Zentner

Dinkelstroh

(Flegeldrusch) verkauft.

Martin Maser.

Direction der Disconto-Gesellschaft

Büchsenstrasse 19 **Filiale Stuttgart** (vorm. Stahl & Federer A.-G.)

Bankmäßige Geschäfte aller Art

Unsere Tabelle mit graphischer Darstellung der bedeutendsten

Kursschwankungen im Jahr 1920

wird Interessenten auf Wunsch kostenfrei zugesandt.

137

Zentrale Berlin gegründet 1851 **Kapital und Reserven 450 Mill. Mark**

Zweigstellen in Württemberg:

Cannstatt, Esslingen, Feuerbach, Freudenstadt, Friedrichshafen, Geislingen-Steig, Kirchheim u. Teck, Ludwigsburg, Ravensburg, Reutlingen, Schwäb. Gmünd, Schwäb. Hall, Schwenningen, Tübingen, Tuttlingen, Ulm, Vaihingen, Wildbad, Zuffenhausen.

148

Schuhwarenhändlern und Sattlergeschäften

empfiehlt sich zum Bezuge von

Ledergamaschen

die Münchener Ledergamaschenfabrik

M. Engelhard, Nachf.,

München, Herrnstraße 17.

Wand-Notiz-Kalender für 1921

mit Marktverzeichnis und Posttarif
aufgezogen und unaufgezogen
empfiehlt

G. W. ZAISER, BUCHHANDLUNG, NAGOLD.

! Spinnwolle !

Reine ostfr. Qual., gekämmt u. spinnfertig, pfundweise liefert. Muster portofrei. Anfr. durch Postk. unter Chiffre **104** an die Exp. ds. Bl.

Verkaufe eine gute 141

Nutz- u. Schaffkuh,

unter zwei die Wahl

Gottlieb Reichert, Rotfelden.

Rotfelden.

Verkaufe am **Mittwoch den 12. Jan.** mittags 1 Uhr eine gute

Nutz- und Schaffkuh,

evt. unter 3 die Wahl.

Karl Santter.

142

Unterjettingen.

Für einen tüchtigen ledigen

Küfer

wäre Gelegenheit geboten, sich anständig zu machen. 145

Auskunft erteilt

Metzgermeister Geltendorf.

Altensteig. 147

Eine **hochträchtige, hornlose**

Ziege,

verkauft.

Paulusstraße 33, b. Rößle.

Eine gute 146

Nutz- und Schaff-Kuh

sowie 2jährig.

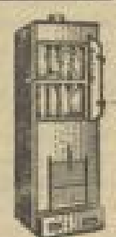
Stier

verkauft

Fr. Joos, Spielberg

Ehe Sie einen

Rauch-kasten



7 kaufen verlangen Sie **Prospekt** von

Gebrüder Dongus
Deckenpfronn.

Kluge Frauen!

trinken mit Erfolg **Benedikt-tee.** Zu haben bei:

Gebr. Benz, Löwen-Drog.

Bitte überzeugen!

Sie sich von meinem vorteilhaften Angebot:

Ia. Kölsch

rot und blau karriert
M 19.50, 21.50, 23.50

Zitz

M 18.—, 21.—, 23.80

Hemdenflanelle

nur prima Ware
M 17.10, 18.—, 18.50
allerschwerste M 25.80.

Schurzzeuge, Blusen- u. Kleiderstoffe, Unterrockstoff, Wachstuch, Strohsackstoff,

wollene u. baumwollene

Strickgarne

zu vorteilhaften Preisen.

Hans Schmidt

139 **Altensteig.**

Emser Wasser

gegen Katarrhe u. s. w.

EMS Schutzmarke.

Bruchkranke

können ohne Operation und Berufsstörung geheilt werden. Sprechstunde in **Pforzheim,** Bahnhotel Pforzheim am **14. 1.** von 9—1 Uhr.

Dr. med. Knopf

Spezialarzt für Bruchleiden.

Erscheint an jedem Werktag. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Postboten entgegen.

Preis vierteljährlich hier mit Trägerlohn M. 12.—, auswärts 12.45 einschl. der Postgebühren. Monatl. nach Verhältnis.

Anzeigen-Gebühr für die einspaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung 50 Pfg., bei mehrmaliger Rabatt nach Tarif. Bei gerichtl. Beitreibung u. Konkursen ist der Rabatt hinfällig.

Nr. 7

Die Kommunalisi

V. m. H

Nachdem durch die Sie gelegte Kapital auf das sch man annehmen, daß es die schaftspolitik sein müßte, al Privatwirtschaft au das hervorragendste Kennze schaftspolitik, daß allerding geschieht, was geschehen sol des Reiches immer neue Länder und Gemeinden mi neuer Steuermöglichkeiten Maßnahmen vorbereitet, di Glieder der Privatw Steuerquellen zu ve piel dieser gewerbefeindlic rung, sie bedroht in erster L aber auch Handel und Ind zahlreicher Stadtparlamente Kommunalisierung ein w Stadtparlamente haben sich tätigkeit geradezu verschwe finanzielle Notwendigkeit be fähiger Einzelbetriebe. D an schönen Worten gegenü läßt, beweist der Erlaß des der auf die Notlage des Ha Berücksichtigung des Handw ischer Aufträge fordert. Ir ung städtischer Bauhöfe, Druckereien u. a. mehr, bi nich das Privatgewerbe n in diesem Erlaß steht aber der Sozialisierung September 1920 für „ersetzt", der zweifellos da Reichswirtschaftspolitik in Privatwirtschaft geleistet wo in der Einleitung, daß der ausgearbeitete Gesetzentwur dem gebotenen Maße erleich die Väter des Vorschlags b gierungsentwurf ist die „ohne Genehmigung der Rei den könnten, wesentlich erw Gemeinden ohne Gene schaffung, Lagerung, Vera Nahrungs- und Genußmi Lagerung und den Vertrieb ren dürfen". Ferner will Einzelfällen, also über die regierungen übertrage nehmigung radikalere Eingr lediglich die Reichsregierun weiterung der Freiliste sol Genehmigungsrecht behalte wer außerdem die Kommu geknüpft, daß die Aufnahm führung in die Gemeinwi Vorteile für die Angehörig Die Sozialisierungskommiss streichen, weil nach ihrer An daß die Kommunalisierung für die Angehörigen der G liegen werden". Außerde Paragraphen den Interess werden, eine Kommunalisier ten Erwerbsständen f men werden, sich gegen Existenz zu wehren. kennzeichnet, „daß bei der 9 Mißerfolge einzelner Gemei ganz besondere Ungeheuerli Sozialisierungskommission, noch nicht beschlossen, abe Jahre beabsichtigt ist, die G licher Unternehmungen verbo außer Kraft treten, wenn schaftszweiges nicht innerha stätigt ist. Danach ist also kein nächst für die Kommunalisier davor, zwangsweise stillgele

Was die Entschädi zialisierungskommission ein als über den gemeinen keinem Falle hinausgeganga eine Reihe weiterer radikale so soll z. B. an Stelle der bigung zu berücksichtigende möglichkeit die Verwertungs um die Entschädigungssum können.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw